

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 14. Januar 2009 - Nr. 11 / 3 R 1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

1,70 € D 2955 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Deutsche Bank vor indirekter Staatsbeteiligung

Kno. FRANKFURT, 13. Januar. Die Deutsche Post wird sich über den Verkauf ihrer Tochtergesellschaft Postbank an der Deutschen Bank beteiligen. Die Deutsche Bank wird den Kaufpreis für die Postbank nach Informationen dieser Zeitung teilweise mit neuen, eigenen Aktien bezahlen. Indirekt ist dann der Staat an der Deutschen Bank beteiligt, weil ihm über die KfW-Gruppe Teile der Post gehören. Die Deutsche Bank wollte die Berichte nicht kommentieren. Im Gespräch sei, dass die Post für begrenzte Zeit einen Anteil von rund zehn Prozent an der größten deutschen Privatbank erhalte, ist zu hören. Mit dem Schritt soll die Übernahme der Postbank-Mehrheit von 62 Prozent, die derzeit die Post hält, an die Deutsche Bank beschleunigt und abgesichert werden. In der vergangenen Woche hatte sich der Staat eine Sperrminorität von 25 Prozent und einer Aktie an der Commerzbank gesichert. Post und Deutsche Bank hatten sich in ihrer Übereinkunft für die Übernahme im September geeinigt, dass die Deutsche Bank nach der Übernahme von knapp 30 Prozent an der Postbank für 2,8 Milliarden Euro in einem zweiten Schritt weitere Postbank-Anteile auch mit eigenen Aktien bezahlen kann. Das Modell einer Übernahme in zwei Schritten wird nun aber aufgegeben. (Siehe Wirtschaft, Seite 13.)

Wird nun alles wieder gut?



In Deutschland sollte man es so halten wie in Jammertal: Lange Zeit dachten die Leute, sie lebten in einem Jammertal, weil es so jämmerlich aussehe. Dann stellte jemand fest: Ein richtiges Tal ist das hier nicht – und jämmerlich ist es schon gar nicht. So kam heraus, dass die Kelten den Bach, der hier

fließt, „Gammer“ nannten. Daraus wurde dann Jammer. Was unser Bild nicht zeigt: Seither geht es mit den Leuten in Jammertal bei Datteln wieder bergauf. Denn es gibt keinen Grund mehr zu jammern. So billig können Konjunkturpakete sein. Teurer wird es auf den Seiten 9 bis 11

Foto Kai Neddien

Mit sich zufrieden

Von Berthold Kohler

Wer Struck und Kauder kürzlich im Fernsehen miteinander tuscheln sah, als wollten sie Waldorf und Statler alt aussehen lassen, der wusste schon, dass die Krise in Deutschland alles bedrohen mag, nur nicht das schwarz-rote Bündnis. Während der Bürger noch nicht recht glauben kann, was auf ihn zukommen soll, schmiedet die angekündigte Weltwirtschaftskrise Union und SPD so eng zusammen, dass man oft nicht mehr weiß, wo das Rote anfängt und das Schwarze endet. Der Vorschlag, der Staat solle sich notfalls auch an Unternehmen außerhalb des Finanzsektors beteiligen, stammte jedenfalls nicht von der SPD, sondern aus den Reihen der CDU. Am deutlichsten widersprochen hat ihm nicht die ehemals stolze Ordnungspolitik der Union, sondern ein Minister der SPD. Doch verbindet über diese temporäre Verirrung hinweg beide Lager die Überzeugung, dass nun, da der Markt versagt habe, die Stunde des Staates gekommen sei, um alles wieder ins Lot zu bringen.

Auch daher war es nur eine Frage der Zeit, dass dem Konjunkturpaket I das Konjunkturpaket II folgen würde. Welcher Staatsgläubige im

Staats- oder auch nur Regierungsparteienamt will sich in einem „Superwahljahr“ schon dem Vorwurf aussetzen, er tue nichts gegen das heraufziehende Unheil? Da griffen die Koalitionäre lieber tief in die Tasche ihrer Bürger und vor allem deren Kinder – ohne sicher sein zu können, welche Wirkung diese Beschlüsse haben werden. Gewiss ist nur, dass die Schulden von morgen die Steuern von übermorgen sind, Bremse hin oder her.

Doch bis zum September gilt in Deutschland noch eine andere Zeitrechnung. Daher kann es kaum verwundern, dass gerade dann, wenn es um das Verteilen von Milliarden geht, in der Koalition peinlich genau nach dem Do-ut-des-Prinzip verfahren wird. Jeder hat für seine Klientel sorgen dürfen, sauber austariert, auf dass es im politischen Wettbewerb keine Verzerrung gebe. So kamen viele kleine Wohltaten zur Welt. Zu grundsätzlichen Reformen etwa des Steuersystems reichen die Zeit und die Kraft der Koalitionäre nicht mehr. Das setzte Klärungsprozesse in den Parteien voraus, die sich keine ihrer Führungen derzeit antun will. Die große Koalition ist in diesen Krisenzeiten zwar nicht mit der Welt, aber mit sich selbst zufrieden. Das Volk gibt (noch) gute Noten. Das wird man in der Union und in der SPD auch nach dem Wahltag nicht ganz vergessen.

Der Staatsaufschwung

Von Manfred Schäfers

Dieses Mal werden die Geschenke ein dreiviertel Jahr vor der Bundestagswahl versprochen. Ein Schelm ist, wer sich etwas dabei denkt, dass in ein paar Tagen in Hessen gewählt wird. CDU, CSU und SPD präsentieren sich als Rezessionsbekämpfer, erhöhen die Investitionen, senken Abgaben und Steuern. Blühende Landschaften versprechen uns in diesen närrischen wirtschaftspolitischen Zeiten das neue Dreigestirn Königin Merkel, Bauer Seehofer und Jungfrau Steinmeier: Gemeinden lassen Schulen herausputzen, saubere Autos ersetzen alte Klimasünder, Bürger tragen dicke Einkaufstüten aus den Tempeln des Konsums. Alles wird gut.

Die Spitzen der Koalition geben Gas, damit die Wirtschaftsmaschine wieder anspringe. Klotzen statt kleckern lautet das Motto – ganz wie allseits gewünscht. Sie wollten sich nicht noch einmal vorwerfen lassen, sie zögerten. Wer will es ihnen verdenken, wenn selbst die Wirtschaftsweisen sie dazu ermuntern? So hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der einst der Nachfragesteuerung à la Keynes den Todesstoß versetzte, das erste Konjunkturpaket als „putzig“ abgetan und mehr Stimulanzien verlangt. Und die Koalition will liefern. Das politische Risiko ist gering. Wenn es hilft, war es recht. Wenn die Krise sich verschärft, kann sie darauf verweisen, alles in ihren Kräften stehende getan zu haben.

So hat die Koalition ein dickes Paket gepackt: Es kostet das Land rund 50 Milliarden Euro. Anders als beim ersten Bündel laufen diesmal die meisten Maßnahmen nicht automatisch nach zwei Jahren aus. Die erhöhten Investitionsausgaben sind auf die Jahre 2009 und 2010 beschränkt, aber die kleine Korrektur der Einkommensteuer gilt dauerhaft. Der gerade kräftig erhöhte Krankenkassenbeitrag wird wieder leicht gesenkt, der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung wird auf 2,8 Prozent festgeschrieben. Dafür muss der Bundeshaushalt aufkommen. Damit verschwimmen die Grenzen zwischen den Systemen, und ein immer größerer Block im Haushalt steht schon fest, bevor die Abgeordneten sich darüberbeugen können.

Der Gewinn des einen ist der Verlust des anderen. In zwei Jahren dürfte allein der Bund rund hundert Milliarden Euro zusätzliche Schulden aufnehmen. Dabei sind die Lasten aus der Rettung von Banken und den Hilfen für andere Unternehmen noch nicht eingerechnet. Dafür gibt es eine Abwrackprämie, um die Autornachfrage anzukurbeln. Wer eine alte „Schüssel“ hat, wird die 2500 Euro gerne mitnehmen. Dass die Autoindustrie erfreut reagiert, überrascht nicht. Aber ist es Aufgabe des Staates, eine Branche, die jahrelang blendend verdient hat, in der Krise durchzufüttern? Wenn die Kapazitäten zu groß sind,

müssen sie früher oder später angepasst werden. Und die Senkung von Steuern und Beiträgen ist zwar für jeden Einzelnen eine schöne Überraschung. Doch niemand täusche sich: Klammert man den einmaligen Kinderbonus aus, dann ist mehr als eine Tankfüllung im Monat kaum drin.

Die Wirkung des Konjunkturpakets wird bald verpuffen, doch wird es dauern, bis die neuen Schulden abgebaut sind. Damit steht Deutschland da, wo die Bundesrepublik vor den Steuererhöhungen zu Beginn der großen Koalition stand. Frau Merksels Versprechen, nach der Wahl, möglichst mit der FDP, eine echte Steuerreform in An-

Die Politiker geben Gas, damit die Konjunktur anspringt – und es entsteht eine neue Kreditblase.

griff zu nehmen, erweist sich mangels Gestaltungsmasse als hohl. Die kleine Entlastung von heute ist damit teuer erkauft.

Weniger die Wirtschaft als der Staat steht vor einem Aufschwung. Die Dämme brechen, nachdem der Bund die Banken gerettet hat. Was Linke sich erträumten, aber nicht ernsthaft hoffen konnten zu erleben, wird gleichsam über Nacht wahr. Der Staat beteiligt sich an Banken, unterstützt großflächig Unternehmen. Die Union wollte nicht nur mit Bürgschaften, sondern auch mit Beteiligungen helfen. Frau Merkel, die in der Opposition noch versprach, die Marktwirtschaft zu erneuern, wandelte sich an der Spitze der Regierung zur Staatskapitalistin. Wer hätte das vor kurzem noch gedacht? Man muss der SPD dankbar sein, dass in Deutschland nicht die alte Treuhandanstalt aufliebt – mit einem Unterschied: nicht um Unternehmen zu privatisieren, sondern sie zu verstaatlichen.

Der Blick zurück hilft. Als die sklerotische DDR zusammenbrach, wollte man mit Infrastrukturinvestitionen Wachstum in den neuen Ländern schaffen. Doch das Erläutern des Ostens ließ auf sich warten. Wer sich vom aktuellen Konjunkturprogramm schnelle Wunder erhofft, dem steht eine ähnliche Enttäuschung bevor. So ist nicht zu erwarten, dass die Wirtschaft nur deshalb stärker wächst, weil Schulen neue Fenster erhalten.

Deutschland versucht wie andere Länder, den Aufschwung zu erzwingen. Dem Tun liegt eine merkwürdige Dialektik zugrunde: Die Wirtschaftskrise hat ihre Wurzel in der amerikanischen Kreditblase. Um die Folgen zu dämpfen, verschulden sich die Regierungen auf der ganzen Welt in einem gigantischen Ausmaß. Wie der Thriller „Kreditblase Teil II“ endet, werden wir erst in einigen Jahren erfahren. Doch schon jetzt kann es einen grausen.

Heute

Das Eis ist zu dünn

Der Elfstedentocht, für die Niederländer spannender als Olympia und Fußball-WM, schmilzt die Basis: eine 15 Zentimeter dicke Schicht, 200 Kilometer lang. **Sport, Seite 28**

Heimspiel für Hillary Clinton

Einen Kampf gegen den Klimawandel und den Willen zur multilateralen Zusammenarbeit verspricht Amerikas künftige Außenministerin, die dem Auswärtigen Ausschuss Rede und Antwort steht. **Politik, Seite 5**

Amerikanische Aussichten

Die Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Ländern Lateinamerikas sollen überwunden werden. Das hat Barack Obama dem mexikanischen Präsidenten Calderón zugesagt. **Politik, Seite 5**

Kölner Zeitungsmacht

Das Zeitungshaus M. DuMont Schauberg kauft die „Berliner Zeitung“ und die „Hamburger Morgenpost“. Im Rheinland Marktführer, setzt man auf Wachstum auch jenseits der heimischen Region. **Wirtschaft, Seite 16**

Maestro und Magier

Mit dem Hang zum Zirzensischen: Der Portugiese Cristiano Ronaldo von Manchester United und die Brasilianerin Marta sind als „Weltfußballer des Jahres“ 2008 ausgezeichnet worden. **Sport, Seite 27**

Revolutionary Road

Für ihre Rolle neben Leo DiCaprio in „Zeiten des Aufruhrs“ hat Kate Winslet einen Golden Globe gewonnen. Jetzt kommt der Film in unsere Kinos und zeigt, dass die Preisrichter recht hatten. **Feuilleton, Seite 29**

Tempo zahlt sich aus

Die Kommunen beurteilen das Milliarden-Investitionsprogramm für Schulen und Hochschulen unterschiedlich. Frankfurt will mehr Zeit für die Projekt-Anmeldung. **Rhein-Main-Zeitung, Seite 35**

Merkel: Das größte Paket in der Geschichte der Bundesrepublik

Investitionen, Abwrackprämie, Familienbonus, Steuersenkung – mit „Schuldenbremse“

ban. BERLIN, 13. Januar. Mit dem „größten Maßnahmenpaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nannte, wollen die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien die Folgen der Krisen auf den Finanzmärkten für die Konjunktur bewältigen. Das Paket, das der Koalitionsausschuss der Führungen von CDU, CSU und SPD in der Nacht zum Dienstag beschloss, umfasst für dieses und das nächste Jahr 50 Milliarden Euro, die für öffentliche Investitionen, für die Förderung der Automobilindustrie sowie für Erleichterungen bei Steuern und Abgaben verwendet werden sollen. Für Familien mit Kindern ist eine Einmalzahlung von 100 Euro je Kind vorgesehen. Zudem wurde die Einführung einer verfassungsrecht-

lichen „Schuldenbremse“ verabredet. Die Verhandlungen sollen Ende Januar vom Bundeskabinett als Gesetzentwürfe verabschiedet werden.

Die Verhandlungen über die Schuldenbremse sollen allerdings in der Föderalismuskommission fortgesetzt werden; für diese ist eine Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat nötig. Frau Merkel und Vizekanzler Steinmeier (SPD) unterrichteten am Dienstag die Führungen der Oppositionsfaktionen. Diese kritisierten die Vorhaben als unzureichend. In diesem Mittwoch sind eine Regierungserklärung Frau Merksels sowie eine Debatte im Bundestag darüber angesetzt. Nach den Planungen der Koalitionsfraktionen soll der Bundestag die Gesetzentwürfe am 13. Februar verabschieden.

Koalitionspolitiker lobten die Beschlüsse. Frau Merkel verwies darauf, das Paket mache 2009 und 2010 je 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Sie sprach von einem „Pakt für Deutschland“, dessen Umfang die „Größe und die Dimension“ der weltweiten Krise deutlich mache und die Entschlossenheit der Regierung dokumentiere. „Wir werden alles dafür tun, dass Deutschland diese Krise nicht einfach nur überwindet, sondern dass Deutschland aus dieser Krise gestärkt hervorgeht.“ Es gehe darum, die „Exzesse auf den Märkten“ zu bekämpfen. Für das Frühjahr kündigten Frau Merkel und Steinmeier Gespräche darüber an, wie die Wirtschaftsaktionen den Krisen der Märkte begegnen könnten. (Fortsetzung Seite 2, siehe Seiten 3 und 8 sowie Wirtschaft, Seiten 9 bis 11.)

Das Gas fließt nicht

Moskau: Die Ukraine ist schuld / Kiew: Russland ist schuld / EU: Wir sind enttäuscht

nbu/ul/MLL. BRÜSSEL/WARSCHAU/MOSKAU, 13. Januar. Die russischen Gaslieferungen durch die Ukraine sind am Dienstag, nur wenige Stunden nachdem Russland ihre Wiederaufnahme gemeldet hatte, wieder unterbrochen worden. Russland beschuldigte die Ukraine, die Gasleitungen nicht geöffnet zu haben. Die Ukraine wiederum warf dem russischen Konzern Gazprom vor, er habe in grober Verletzung der Gepflogenheiten nicht ausreichend vorher angemeldet, wie viel Gas in welcher Richtung fließen solle. Die Europäische Kommission teilte am Dienstagmittag in Brüssel nur mit, es fließe „wenig oder gar kein Gas“. Es handle sich um eine „sehr ernste Lage“, die sich unverzüglich zu bessern habe. Die Kommission verlang-

te außerdem vollen Zugang zu den Kontrollzentren von Gasprom in Moskau und Naftogas in Kiew. In beiden Einrichtungen war ihren Beobachtern zunächst der Zugang zum zentralen Kontrollsaal verweigert worden. Der aber sei notwendig, um die Gasströme wirklich überwachen zu können, hieß es von den zuständigen Beamten. Die Kontrollen an den jeweils sechs Ein- und Austrittsstellen der Pipelines in Russland und der Ukraine reichten dafür nicht. Am späten Nachmittag soll dieses Problem gelöst worden sein.

Der tschechische Ministerpräsident Topolánek, dessen Land in diesem Halbjahr den Ratsvorsitz in der EU führt, telefonierte mit der ukrainischen Ministerpräsidentin Timoschenko. Sie habe ihm von „tech-

nischen Problemen“ berichtet, insbesondere darüber, dass der Gasdruck des aus Russland kommenden Gases zu niedrig sei, teilte die Ratspräsidentschaft mit. Topolánek habe ihr geraten, sich mit europäischen Gasfachleuten in Verbindung zu setzen, die bei technischen Problemen helfen könnten. Frau Timoschenko habe versprochen, dies zu tun. Kommissionspräsident Barroso telefonierte mit dem russischen Ministerpräsidenten Putin, um ihm die „Enttäuschung“ der EU über die geringe Menge des zunächst gelieferten Gases mitzuteilen und Zugang zu den Kontrollräumen zu fordern, wie ein Mitarbeiter seines Kabinetts mitteilte. Putin habe versprochen, sich um die Probleme zu kümmern. (Siehe Seite 4.)

Schwere Gefechte in Gaza-Stadt

F.A.Z. JERUSALEM, 13. Januar. Die israelische Armee hat am Dienstag mit härteren Schlägen als bisher gegen militante Palästinenser gedroht. Sowohl die israelische Regierung als auch die Führung der radikalen islamistischen Hamas machten deutlich, sie wollten die Kämpfe fortführen und zugleich die Möglichkeiten einer Waffenruhe ausloten. Derweil kam es zu schweren Gefechten in Gaza-Stadt. Die israelische Staatsanwaltschaft klagte zwei palästinensische Journalisten im Dienst ei-

nes iranischen Fernsehsenders wegen Spionage an. Nach einem Bericht des Internetportals „ynetnews“ hatten sie am 3. Januar von der israelischen Seite der Grenze zum Gazastreifen über den Einmarsch der israelischen Truppen berichtet, noch bevor die Militärzensur die diesbezüglichen Informationen freigegeben hatte. (Siehe Seite 3.)

Heute beginnen wir mit dem Vorabdruck des Romans **Eine exklusive Liebe** Von Johanna Adorján

Fall Pascal: Freisprüche rechtskräftig

frs. KARLSRUHE, 13. Januar. Alle Freisprüche im Verfahren um den seit mehr als sieben Jahren verschwundenen Pascal sind rechtskräftig. Der Bundesgerichtshof (BGH) verwarf am Dienstag die Revision gegen das Urteil des Landgerichts Saarbrücken, das im September 2007 alle zwölf Angeklagten aus Mangel an Beweisen freigesprochen hatte. Die Staatsanwaltschaft hatte die Revision auf den Freispruch von vier Angeklagten beschränkt. (Siehe Deutschland und die Welt.)



Natur und Wissenschaft N1
Geisteswissenschaften N3
Stimmen der Anderen 2
Briefe an die Herausgeber 6
Politische Bücher 6

Deutschland und die Welt 7
Zeitgeschehen 8
Wirtschaft 9
Menschen und Wirtschaft 12
Unternehmen 13

Wetter 16
Finanzmarkt 17
Recht und Steuern 19
Kurse 20
Sport 27

Feuilleton 29
Roman 30
Medien 33
Forschung und Lehre N5
Jugend schreibt N6